

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Gipfeltreffen zwischen Jiang Zemin und Clinton

Am 24. Oktober trafen sich die Präsidenten Chinas und der USA am Rande der Feiern zum 50. Gründungstag der UNO im Lincoln Center in New York. Die Besprechung dauerte zwei Stunden. Das letzte Mal hatten sie im November 1994 Gespräche in Jakarta geführt. Das nächste Mal wollen sie sich am Rande der APEC-Konferenz in Osaka/Japan treffen.

Seit der letzten Zusammenkunft hatte es eine Reihe von Konflikten gegeben, vor allem um die Visite des RCh-Präsidenten Li Denghui in den USA, die von Beijinger Seite gewaltig hochgespielt worden war. Zur Eintrübung der beiderseitigen Beziehungen hatte auch die Verhaftung von Wu Hongda, der Empfang des Dalai Lama durch Gore und Clinton und die Rede Hillary Clintons vor der Weltfrauenkonferenz beigetragen. (Dazu Näheres C.a., 1995/9, Ü 1) Beide Seiten sind sich darüber einig, daß die Verstimmungen gegenwärtig ihren tiefsten Punkt seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen i.J. 1979 erreicht haben.

Die Aussprache zwischen Jiang und Clinton kam deshalb ganz gewiß nicht zu spät. Es war allerdings ein dünnes Ergebnis, das die beiden Seiten nach der zweistündigen Unterredung verzeichnen konnten.

Clinton versicherte seinem Gesprächspartner, daß die USA (1) weder eine Isolierung noch eine Konfrontation noch ein Containment gegenüber China wünschten, sondern statt dessen "konstruktive Kontakte". Ferner sei Washington (2) bemüht, einen möglichst frühen Eintritt Chinas in die WTO zu befürworten. Was schließlich (3) die Prinzipien der "Drei gemeinsamen Kommuniqués" anbelangt, so stehe Washington nach wie vor zu ihrem Inhalt und wiederhole ausdrücklich, daß die

USA die VRCh als "einzige legitime Regierung Chinas" anerkennt und daß Taiwan nur ein Teil Chinas sei.

Jiang wies darauf hin, daß es im Interesse beider Seiten liege, eng miteinander zu kooperieren. Leider sei es in letzter Zeit immer wieder zu Verstimmungen gekommen. Xinhua betonte, daß in diesem Zusammenhang die "Taiwan-Frage das bedeutendste und empfindlichste Problem zwischen China und den USA" sei. (XNA, 26.10.95) Jiang bat Clinton, zu versprechen, daß die USA "niemals mehr den taiwanesischen Präsidenten oder andere höhere Politiker aus Taiwan in die USA einladen", doch ging dieser Vorstoß erwartungsgemäß ins Leere.

Auf der einen Seite wollte Jiang durchaus eine harte Sprache führen, um die "Falken" zu Hause zu beruhigen, auf der anderen Seite ließ er durch das Außenministerium aber bekanntgeben, daß die Unterhaltung mit dem amerikanischen Präsidenten "hilfreich bei der weiteren Entwicklung und Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen" gewesen sei. (XNA, 27.10.95) Zumindest hatte es, wie die *Wen Huibao* es ausdrückte (26.10.95, S. 5), "rings um den sino-amerikanischen Gipfel viel Lächeln gegeben".

Beide Seiten betonten, daß die Lösung von Sachfragen nicht durch ideologische Bedenken behindert werden dürfe, daß sie ihre Beziehungen "Schritt für Schritt" verbessern und daß sie notfalls auch in einen "Secret deal" eintreten wollten. Jiang Zemin trug solche Gedankengänge u.a. auch bei seiner Rede vor der "U.S.-Chinese Association" vor. (TKP in SWB, 25.10.95) Man wünsche sich im sino-amerikanischen Verhältnis "schlichte Normalität". Die Gespräche hätten immerhin die Atmosphäre verbessert. -we-

*(2) China beim 11. Gipfeltreffen der Blockfreien

Mitte Oktober fand in Cartagena/Peru das 11. Gipfeltreffen des NAM (Non-Aligned-Movement) statt, bei dem wie-

der einmal scharfe Töne gegen das "neokolonialistische" Verhalten des Westens angeschlagen wurden.

Das NAM war 1961 mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus sowie zwischen NATO und Warschauer Pakt zu suchen. Nach dem Tode der Gründungsväter Tito, Nehru und Nasser geriet die Bewegung der Blockfreien jedoch bereits in den siebziger Jahren in eine Identitätskrise, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges noch einmal zuspitzte.

Man ist sich zwar darüber einig, daß die Blockfreien-Bewegung eine neue Rolle finden muß; in welche Richtung dabei zu gehen ist, scheint alles andere als klar zu sein. Also bleibt man vorerst bei den alten Themen und verurteilt weiterhin den immer schemenhafteren "Neokolonialismus". Die mittlerweile 115 Mitglieder verurteilten in Cartagena "interventionistische und kolonialistische Tendenzen" und setzten sich für eine Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs sowie für eine weitere Süd-Süd-Zusammenarbeit ein. Erhoben wurden ferner Forderungen nach einer Demokratisierung der UNO, nach Umstrukturierung der internationalen Finanzinstitutionen, nach verstärkter Abrüstung der Großmächte sowie nach Erfüllung der bei den UNO-Weltkonferenzen eingegangenen Verpflichtungen.

Auch Einmischungsversuche der Großmächte wurden entschieden kritisiert. Vor allem Indonesiens Präsident Suharto pochte darauf, daß die Blockfreien es in Zukunft nicht mehr hinnehmen wollten, daß der Westen Handelsbeziehungen an Auflagen etwa für Umweltschutz oder Menschenrechte knüpft. Andere Vertreter, wie der gastgebende Präsident Samper, wandten sich gegen die neuen protektionistischen Tendenzen des Westens, und Pakistans Ministerpräsidentin Benazir Bhutto sowie PLO-Chef Arafat wandten sich gegen den Mißbrauch und die Ausbeutung der armen Länder durch die Industriewelt. Kubas Staatschef Fidel Castro schließlich zog in bester alter Manier Parallelen zwischen den heutigen USA und Hitler-Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg und wies dabei besonders auf die permanente Aufrüstung und das Auftauchen ultrarechter Gruppen hin.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen nahm sich die chinesische Stellungnahme höchst maßvoll aus.

Die VR China ist zwar nicht Mitglied der Blockfreien, hat aber in diesem Bündnis seit 1992 einen Beobachterstatus. Als Vertreter Chinas trat diesmal Liu Huaqing, Politbüromitglied und federführendes Mitglied zu Militärfragen im obersten Entscheidungsgremium auf. Liu betonte die "wichtige Rolle der Blockfreien in der Welt" und ermutigte das Bündnis, weiterhin für die Unabhängigkeit und für die Souveränität der Entwicklungsländer einzutreten. Es müsse eine gerechte Neue Weltordnung errichtet werden, und zwar durch Verstärkung des Nord-Süd-Dialogs sowie der Süd-Süd-Zusammenarbeit. (XNA, 22.10.95) Kein Wort von "Neokolonialismus"! -we-

*(3) Außenpolitik im "Gemischtladen"-Verfahren

Den halben Oktober über war Ministerpräsident Li Peng, der im Politbüro seit mehreren Jahren die Federführung für außenpolitische Fragen hat, in mehreren Ländern zu Gast, die miteinander kaum etwas zu tun haben. Die Reise führte ihn von Marokko über Mexico, Peru und Kanada nach Malta. Zwischendurch besuchte er auch in einem "Stopover", wie es offiziell hieß (XNA, 20.10.95), die Inselrepublik Kuba und Italien. Obwohl die besuchten Länder alle möglichen Verschiedenheiten aufwiesen, hieß es, hätten sie doch einen Punkt gemeinsam: sie beschäftigten sich nämlich intensiv mit der Entwicklung ihrer Beziehungen zu China. (Ebd.)

Die von Li angesprochenen Themen sind seit langem bekannt und betreffen die Universalität der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des weiteren den festen Entschluß Chinas, anderen niemals sein System aufzuzwingen und nicht zuletzt auch zu allen Ländern möglichst breite Beziehungen zu entwickeln, die nicht bei der Wirtschaft stehenbleiben, sondern auch die Bereiche Kultur, Erziehung, Journalismus und Sport mit umfassen. (XNA, 8.10.95) Auch sollten Beziehungen stets schon im Hinblick auf die Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert entwickelt werden. (Ebd.)

In Mexico verkündete Li auch eine "Fünf-Punkte-Politik" gegenüber Lateinamerika, die vorbildlich für "Süd-Süd-Beziehungen" sein sollte. Sowohl der Katalog als auch die anderen Erklärungen klingen verwaschen und gewinnen erst dann an Bedeutung, wenn man

in ihnen eine Bekundung Chinas sehen will, mit aller Welt möglichst harmonische Beziehungen zu entwickeln.

Auch in Havanna legte Li Peng im Anschluß an seinen Staatsbesuch in Mexico einen 50minütigen Aufenthalt ein, wobei er von Fidel Castro gleich "am Fuß der Gangway empfangen" wurde. Seit dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion und des Ostblocks hat sich Havanna an Beijing besonders eng angeschlossen. Wiederholt auch hatte Castro die VRCh als Vorbild für seinen eigenen Kurs gradueller wirtschaftlicher Reformen bezeichnet. (Zum Besuch in Havanna: XNA, 24.10.94)

Am Rande der Besuche Lis gab es auch eine Reihe von Protesten, vor allem von seiten der Umweltschutzorganisation Greenpeace - sei es nun in Mexico-Stadt oder aber in Ottawa. In Ottawa hatten kanadische Menschenrechtsbefürworter und chinesische Dissidenten auch eine rund 5 Meter lange und 3 Meter hohe Panzeratrasse mit der Aufschrift "4. Juni 1989" aufgestellt, die an die Massaker auf dem Tiananmen-Platz von 1989 erinnern sollte.

Die kanadische Regierung spielte jedoch gerade das Menschenrechtsthema stark herunter und betonte, daß sie sich in dieser Frage eher auf die natürliche Evolution verlassen wolle, die durch enge wirtschaftliche Beziehungen zu fördern sei. -we-

*(4) Chinesische Territorialgrenzen unter Dach und Fach

Am 7. Oktober 1995 tauschten China und Rußland auf Vizeaußenministerebene die Instrumente der Ratifikation des russisch-chinesischen Abkommens über den Westsektor der chinesisch-russischen Grenze aus. Dieses Abkommen war am 3. September 1994 unterzeichnet worden und wurde am 29. Dezember 1994 vom chinesischen Nationalen Volkskongreß sowie am 23. Juni 1995 von der russischen Staatsduma ratifiziert. Nach Art. 8 des Abkommens tritt das Abkommen mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in kraft, also am 17. Oktober 1995.

Da der Ostsektor der chinesisch-russischen Grenzen bereits festgelegt ist, kann China nun mit Recht betonen, daß das große Werk der Territorialabgrenzungen im großen und ganzen abgeschlossen ist. (XNA, 18. und 20.10.95; SWB, 19.10.95)

Grenzverträge (*bianjie tiaoyue*) hat die VR China bisher geschlossen mit Laos (1991), Birma/Myanmar, Nepal, Afghanistan und der Mongolei (bzw. der früheren Mongolischen Volksrepublik).

Hinzu kommen Grenzabkommen (*bianjie xieding*) mit Pakistan, Kasachstan und Rußland (früher über den Ost- und nun, wie oben erwähnt, auch über den Westabschnitt).

Vorläufige Grenzregelungen bestehen mit Indien (7.9.93) und mit Vietnam (19.10.93). (Keine Grenzverträge dagegen bestehen, obwohl dies bisweilen behauptet wird, mit Bhutan und mit Sikkim.)

Einer endgültigen völkervertragsrechtlichen Sanktionierung bedürfen noch die Grenzlinien Chinas zu Kirgisien und zu Tadschikistan.

Offen dagegen sind nach wie vor die Grenzen zwischen China und Nordkorea; zumindest ist hierzu noch keine völkerrechtliche Abmachung getroffen worden. (Dazu ausführlich Michael Strupp in: C.a., 1995/7, S. 621-626. Der Text des Abkommens über den Westabschnitt der chinesisch-russischen Grenze befindet sich, gleichfalls in der Übersetzung Strupps, ebenda, S. 226 f.)

Die Westabschnitts-Vereinbarung mit Moskau belief sich auf eine gemeinsame Grenze von lediglich 50 km Länge im russisch-chinesisch-kasachischen Dreiländereck. Angesichts der hier bestehenden extremen Gebirgsverhältnisse im Altai-Massiv wurde auf eine detailgenaue Abgrenzung verzichtet.

Das Altai-Grenzabkommen markiert den Abschluß eines Grenzfestlegungsprozesses, der sich über Jahrzehnte hingezogen und nun - fast - seinen Abschluß gefunden hat. Nur noch wenige und vergleichsweise winzige Details sind jetzt noch im Bereich der Flußgrenzen in Ostsibirien (nämlich entlang der Grenzflüsse Argun, Amur und Ussuri) sowie im Grenzschnittpunkt Rußland-China-Nordkorea entlang des Tumen-Verlaufs zu regeln. Meist handelt es sich hierbei eher um technische Fragen. Verglichen mit dem bisherigen Abgrenzungsprozeß jedenfalls sind die hier verbleibenden Details kaum noch der Rede wert.

In scharfem Kontrast dazu stehen die Gebietsstreitigkeiten Chinas im maritimen Grenzbereich, vor allem im Südchinesischen Meer (Spratly!) und im Golf von Tongking. -we-

*(5)

Weiterhin gute chinesisch-russische Beziehungen

Anfang November 1995 wollte der russische Präsident Jelzin nach China reisen, doch mußte er am 27. Oktober wegen einer Herzattacke den Besuch absagen. Beide Seiten, Beijing und Moskau, beeilten sich, sofort darauf hinzuweisen, daß dieser Schritt nichts an den guten bilateralen Beziehungen ändere. (XNA, 28.10.95) Die Visite sei aufgeschoben, nicht aufgehoben. Eigentlich wollte Jelzin den Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin von Anfang September 1994 erwidern. Jiang hatte damals vom 2. bis 6. September Rußland besucht und, wie es hieß, Gespräche "mit Blick auf das 21. Jahrhundert" geführt. Vor allem war damals ein Gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet worden, das von beiden Seiten als Bekundung einer "konstruktiven Partnerschaft neuen Typs" gewertet wurde. Es bezieht sich auf vier Bereiche: (1) Politik: gute Nachbarschaft und Freundschaft; Beachtung der Grenzabkommen; Reformabsprachen trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. (2) Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik: Kooperation im Rechts-, Finanz-, Kredit-, Transport- und Informationswesen. Engere Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel. Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen beiden Nachbarländern. (3) Militär: Konsultationen im Bereich strategischer Waffen; Zusage, niemals zuerst Kernwaffen gegeneinander anzuwenden; Abschluß eines Abkommens über die militärischen Kräfte entlang der gemeinsamen Grenzen und Vertrauensbildung in militärischer Hinsicht. Die militärischen Stärkeverhältnisse sollen auf ein möglichst niedriges Niveau heruntergefahren werden. (4) Internationale Beziehungen: beide Seiten betrachten sich gegenseitig als Großmächte, die eine wichtige Rolle bei der Wahrung des Friedens und bei der sich anbahnenden Multipolarisierung spielen; fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; Lösung aller Konflikte durch friedliche Verhandlungen. (BRu 1994, Nr. 37, S. 20-22)

Rußland sagte außerdem zu, sich ganz auf den Standpunkt Beijings in der Taiwan- und der Tibet-Frage zu stellen.

Auch mit der Entwicklung des Außenhandels sind beide Seiten zufrieden. Obwohl sich das Außenhandelsvolumen

Rußlands i.J. 1993 beispielsweise gegenüber dem Vorjahr pauschal um immerhin 17% auf 61 Mrd. US\$ verringert hatte, war sein Handel mit China zur gleichen Zeit um 29,5% (= auf insgesamt 7,68 Mrd. US\$) gestiegen. Damit ergab sich für Rußland folgende Reihenfolge seiner größten Handelspartner: Deutschland, China (!), Italien, die USA, Frankreich und Japan.

Auch der chinesisch-russische Grenzhandel nimmt kontinuierlich zu. So erreichte beispielsweise das Import- und Exportvolumen der Provinz Heilongjiang 1993 einen neuen Rekord von 2,6 Mrd. sFr, ein Zuwachs von gleich 30% gegenüber dem Vorjahr. Auch mit der Autonomen Region Xinjiang und der AR Innere Mongolei hat sich der Außenhandel substantiell erhöht.

Diese Erfolge sind nicht zuletzt den neuen Vereinbarungen zu verdanken, die beim ersten Staatsbesuch Boris Jelzins im Dezember 1992 erzielt worden waren. Damals hatten beide Seiten fast zwei Dutzend Vereinbarungen auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Kultur getroffen.

Allerdings sind auch einige neue Probleme aufgetaucht: So waren beispielsweise die tatsächlichen Gewinne 1993 niedriger als 1992. Zweitens ließ die Arbeit der auf beiden Seiten wirkenden Grenzbehörden zu wünschen übrig, und drittens stießen die Warenlieferungen Chinas auf starke Konkurrenz aus dem Westen. Vor allem strömten aus Italien, den USA, Deutschland, Japan und Australien große Mengen von Markenprodukten auf die russischen Märkte, mit denen China nicht mithalten konnte. Viertens zeigte es sich angesichts dieser neuen Konkurrenzsituation, daß die chinesischen Betriebe den russischen Markt noch nicht genügend erschlossen haben.

Trotz solcher Mängel sind beide Seiten mit den gegenwärtigen Entwicklungen zufrieden. Neue Formen der Zusammenarbeit sind entstanden (Erweiterung der Produktpalette, Ersetzung des Tauschhandels durch Bargeldverkehr etc.), vor allem aber sind entlang der 4.000-km-Grenze, die zwischen beiden Nachbarn verläuft, immer mehr Austauschstellen eröffnet worden.

Ein in der innerrussischen Diskussion notorisch auftauchendes heißes Thema ist die "unkontrollierte Infiltration chinesischer Staatsbürger in den russischen Fernen Osten".

Dieses Reizthema wurde zuletzt wieder am 27. Oktober bei einem Seminar in Moskau angesprochen. Andrei Maksimow, Präsident der Moskauer "East Consult", behauptete, daß die Zahl der Chinesen, die sich mittlerweile illegal in Sibirien niedergelassen haben, bereits die 2-Millionen-Grenze übersteige. Dabei handle es sich keineswegs um armelige Flüchtlinge, sondern um Zuwanderer, die mit erheblichen materiellen und finanziellen Mitteln daherkämen. Und es sei höchste Zeit, hier Alarm zu schlagen. (ITAR-TASS in SWB, 2.11.94)

Jewgeni Afanasyew, Erster Stellvertretender Direktor der Asien-Abteilung im russischen Außenministerium, hielt diesen Ausführungen mittlerweile entgegen, daß alle Behauptungen und Zahlen erheblich übertrieben und aufgeblasen seien. Die Zahl der illegal zugewanderten Chinesen belaufe sich allenfalls auf "wenige tausend"; gleichwohl könne man nicht leugnen, daß das Infiltrationsproblem wirklich bestehe. Beruhigend sei in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß mittlerweile sämtliche Grenzen zwischen China und Rußland festgelegt worden seien, so daß sich aus der Zuwanderung zumindest keine Folgerungen für neue Grenzverschiebungen ableiten ließen. (Ebd.) Im übrigen solle man sich in Minderheiten- und Ethnien-Fragen beiderseits besser unterrichten. (XNA, 19.11.94)

Bei aller Unklarheit über die Zahl der heimlich eingesickerten Personen, die häufig mit einer Spanne zwischen 150.000 und 2 Millionen benannt wird, steht fest, daß rund 20.000 Chinesen auf der Basis offizieller Arbeitsverträge anwesend sind und im allgemeinen auf russischen Baustellen arbeiten.

Am 29. Dezember 1993 war zwischen Moskau und Beijing ein Abkommen unterzeichnet worden, demzufolge die am 18.12.1992 eingeführte Visafreiheit ab 1. Februar 1994 nur noch für Diplomaten und für andere im offiziellen Auftrag reisende Chinesen sowie für Touristengruppen gelten soll. Gleichzeitig verstärkten beide Seiten die Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und Schmuggel, vor allem entlang der Transsibirischen Eisenbahn.

Die drei Themen "illegale Zuwanderung, Schmuggel und grenzübergreifende Kriminalität" dürften noch lange Zeit das Themenspektrum zwischen beiden Seiten bestimmen.

Ganz unabhängig von Problemen dieser Art - oder vielleicht gerade ihretwegen - hat Moskau längst deutlich gemacht, daß China für die russische Außenpolitik an oberster Stelle steht. Vor allem sollte 1995 für Rußland zu einem "chinesischen Jahr werden". Daß diese Entwicklung nun doch nicht eingetreten ist, hängt mit der oben erwähnten Abgabe Jelzins zusammen.

Etwas verunsichert reagiert China auf das Fehlen einer klaren Außenpolitik Rußlands; hat die Politik Moskaus seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion i.J. 1991 doch mehrere Male Extremauschläge erkennen lassen; tendierte sie anfangs in Richtung Westen und suchte sie 1992 den Ausgleich nach allen Seiten hin, so hat sie seit 1994 streckenweise antiwestliche Züge angenommen.

Mangels eines klaren Verlaufs hat sich Beijing in der Zwischenzeit gleichsam den Kopf Moskaus zerbrochen und stellt selbst Überlegungen zur russischen Interessenlage an. Am besten wäre Moskau aus chinesischer Sicht beraten, wenn es eine Politik der "Ausgewogenheit" betriebe. In diesem Fall ergäbe sich folgende fünffache Ausrichtung:

- Gegenüber den USA: gute Partnerschaftsbeziehungen zu den USA und gleichzeitig zu den "anderen westlichen Großmächten" sowie frühestmöglicher Beitritt zur G7-Gruppe; gleichzeitig wäre Rußland gut beraten, aktiv den Beitritt Chinas zu dieser Gruppe zu unterstützen (sic!), um das Ungleichgewicht der Kräfte zwischen ihm und den westlichen Ländern zu verringern.
- Gegenüber Europa: der beste Weg zur Sicherung russischer Interessen in Europa liege in einer Reform des Europäischen Sicherheitsrates, der ein noch gleichberechtigteres und effektiveres Sicherheitssystem für ganz Europa ermöglichen solle. Dagegen sei Rußland davor gewarnt, sich allzusehr auf die NATO einzulassen, weil es ja doch nie eine gleichberechtigte Stellung innerhalb dieses westlichen Verteidigungspakts erhalten könne.
- Gegenüber dem GUS-Bündnis: hier müsse Rußland versuchen, seinen Einfluß noch zu steigern; denn nur mit Hilfe der GUS könne es sein eigenes Gewicht stärker in die Waagschale der Weltpolitik werfen.
- Gegenüber dem asiatisch-pazifischen Raum: hier wäre Rußland gut beraten, eine Politik freundschaftlicher

und enger Beziehungen mit China zu pflegen. Dadurch gewänne es einen zuverlässigen und auch wirtschaftlich interessanten Partner: man vergesse nicht, daß China mittlerweile unmittelbar nach Deutschland zum zweitgrößten Handelspartner geworden ist. Darüber hinaus sei China das einzige Land, auf das sich Rußland bei der Festigung seiner nordasiatischen Front stützen könne.

- Gegenüber anderen Regionen: Rußland hat bisher noch keine natürlichen Verbündeten im Süden und Osten gefunden. Im Interesse einer Ausgewogenheitspolitik müsse die Suche hier fortgesetzt werden. (BRu 1994, Nr. 47, S. 23 ff.) Mangels natürlicher Verbündeter im Süden und Osten bleibe der russischen Politik nicht anderes übrig, als wenigstens entlang der nördlichen Linie (von den USA bis Japan) stabile und praktische Partnerschaften herzustellen.

Man könne die Dinge drehen und wenden, wie man wolle: am Ende komme immer wieder die "Ausgewogenheit" als einzig vernünftiges Leitmotiv heraus. Eine "kostspielige Weltpolitik" à la Sowjetunion jedenfalls könne sich das Land auf keinen Fall mehr leisten.

Was die VRCh anbelangt, so möchte sie von Rußland nicht als potentieller Gegner, sondern als wohlmeinender Verbündeter betrachtet werden. "Konstruktive Partnerschaft" sei der Kurs, den Moskau gegenüber Beijing im ureigensten Interesse betreiben möge.

Ganz im diesem Sinne hatte bereits Staatspräsident Jiang Zemin bei seinem Rußlandbesuch Anfang März 1995 betont, daß "eine langfristige und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Nachbarn im Interesse beider Länder und der Länder aller Welt" liege.

Bereits am 12. Juli 1994 hatten die Verteidigungsminister beider Länder ein Abkommen über die "Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten entlang der gemeinsamen Landesgrenzen" unterzeichnet. (XNA, 13.7.94) Darin hatten beide zum Ausdruck gebracht, daß die über 4.000 km langen gemeinsamen Grenzregionen zu einem "Gebiet des Friedens, der Freundschaft und der gemeinsamen Prosperität" werden sollten. Vor allem solle man beim Aufkommen geringster Eintrübungen sofort miteinander in Konsultationen eintreten. -we-

*(6)

China und Israel

Kondolenzbotschaft zum Tode Rabins

Am 5. November übermittelte Jiang Zemin in seiner Eigenschaft als Staatspräsident der VR China dem israelischen Präsidenten Weizman ein Kondolenzschreiben, in dem er dem Präsidenten und dem palästinensischen Volk sein "tiefes Mitempfinden" zum Ausdruck brachte. (XNA in SWB, 7.11.95)

Militär- und Wirtschaftsbeziehungen

Schon im Vorfeld der Ermordung Rabins durch einen israelischen Extremisten war es zu weiteren Annäherungsschritten zwischen Israel und China gekommen. So hatte Israel beispielsweise an der Beijinger Luftfahrtschau im Oktober 1995 zum ersten Mal mit einer eigenen Ausstellung teilgenommen. Dabei wurde bekannt, daß Israel den Chinesen in den letzten Jahren militärische Ausrüstungen in Höhe von über 1 Mrd. US\$ pro Jahr verkauft hat. (SCMP, 13.10.95)

Am 28. September war es zu einer Unterzeichnung des bilateralen Handelsprotokolls gekommen. Dabei war beiderseits festgestellt worden, daß das Handelsvolumen 1994 die Höhe von 250 Mio. US\$ erreicht hatte - eine Steigerung von 63,5% gegenüber 1993. Auch trägt sich Israel mit der Absicht, in Tianjin einen High-Tech-Industriepark zu errichten. (XNA, 29.9.95)

Am 23. Oktober war zwischen beiden Seiten ein Abkommen über gemeinsame Forschungsvorhaben unterzeichnet worden. (XNA, 24.10.95)

Chinas Haltung gegenüber zwei "Todfeinden" Israels

Mit einer gewissen Befriedigung konnten die Israelis beobachten, daß China mittlerweile gegenüber dem Iran in der Frage der Lieferung von Nukleartechnologie eine wesentlich vorsichtigeren Haltung einnimmt. Die iranische Seite reagierte darauf mit Schelte, vor allem gegenüber Außenminister Qian Qichen, und warf ihm vor, daß er in der Nuklearfrage eine allzu unklare Linie vertrete. (SCMP, 3.10.95)

Was den Israelis andererseits weniger gefallen haben dürfte, ist die chinesische Einstellung gegenüber dem Irak, einem weiteren Todfeind Israels. Am 13. Oktober 1995 betonte der chinesische Vertreter bei der UNO, daß die Welt sich in Zukunft eine etwas posi-

tivere Betrachtungsweise gegenüber dem Irak zu eigen machen möge. (XNA in SWB, 17.10.95) -we-

*(7)

Chinesisches Vertreterbüro im Ghaza-Streifen

Anläßlich einer Reise nach Israel, Jordanien und in das neu entstehende Palästina besuchte der Stellvertretende Außenminister Tian Zengpei am 3. November die Stadt Ghaza, wo er mit Yasir Arafat zusammentraf. Tian war der erste hochrangige chinesische Vertreter, der in das Palästinensische Autonome Gebiet kam, seit die PNA (Palestinian National Authority) 1994 errichtet worden ist. Tian teilte Arafat den Beschluß Beijings mit, in Ghaza ein Vertretungsbüro einzurichten (offensichtlich eine Art Vor-Botschaft) und weiterhin den nächstlichen Friedensprozeß zu unterstützen. Außerdem sagte die VR China ein Geschenk von 8 Mio.RMB (rund 1 Mio.US\$) zu. (XNA in SWB, 6.11.95) - we-

*(8)

Afrikanreise Li Lanqings

Am 27. Oktober trat der Stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing eine Reise in sechs afrikanische Staaten an, nämlich nach Mali, Guinea, Senegal, Gabun, Kamerun und Elfenbeinküste. Afrika befinde sich zur Zeit im Übergang zu einer "neuen Ära", betonte er bei Antritt seiner Reise: die dortigen Staaten suchten verstärkt nach "Stabilität und Entwicklung", befänden sich also auf einem ähnlichen Weg wie die VR China. (XNA, 28.10.95) Besonders solle sich der Kontinent um mehr Einheit und um intensiviertere Zusammenarbeit bemühen. China wolle alles in seinen Kräften stehende tun, um diesen Prozeß zu unterstützen.

Besuche dieser Art geben dem Beobachter Rätsel auf: er arbeitet sich durch eine Fülle von Meldungen - immer in der Hoffnung, daß dabei aufschlußreiche Einzelheiten oder zumindest verdeckte Hinweise auftauchen. Doch es geschieht nichts, außer daß die Delegation kommt, freundliche Worte austauscht und sich wieder verabschiedet.

Möglicherweise will China mit solchen Afrika-Besuchen eine Haltung demonstrieren, die sich in Worten etwa folgendermaßen ausdrücken ließe: "Nie-

mand in der Welt kümmert sich mehr um die Afrikaner. Nur wir, die Chinesen, sind an euch nach wie vor interessiert. Wir halten euch für eine "wichtige Kraft im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der internationalen Beziehungen". (So z.B. XNA, 28.10.95; zur chinesischen Afrika-Politik vgl. auch C.a., 1995/5, Ü 5 und August 1994, Ü 4) -we-

Innenpolitik

*(9)

40. Jahrestag der Gründung der "Autonomen Region Xinjiang": Warnung vor separatistischen Kräften

Die chinesische Führung hat mit aufwendigen Feierlichkeiten der Gründung der muslimisch geprägten "Autonomen Region Xinjiang" am 1. Oktober 1955 gedacht. In den Parteimedien wurden die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gefeiert. Zugleich wurde in scharfer Form vor separatistischen Kräften, die "das Vaterland spalten" wollen, gewarnt. Aufgrund der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der instabilen inneren Lage in Xinjiang hat Beijing in den letzten Jahren seine direkte politische Kontrolle und die Militärpräsenz in der Region verstärkt.

Eine hochrangige Delegation der Beijinger Zentralregierung stattete der Region aus Anlaß des Jahrestages einen offiziellen Besuch ab. Die Delegation wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Jiang Chunyun angeführt. Jiang pries die herausragende Rolle der Volksbefreiungsarmee, der Bewaffneten Volkspolizei sowie des aus 2,2 Mio. Männern und Frauen bestehenden paramilitärischen Produktions- und Aufbaukorps, dem die wirtschaftliche Erschließung und Sicherung der Grenzregionen zukommt. (Xinhua, 1.10.95)

Der von Beijing eingesetzte Parteisekretär der "Autonomen Region", Wang Lequan, hob in einer Rede hervor, daß der Kampf mit separatistischen Kräften noch über einen längeren Zeitraum anhalten würde. Für die Wahrung der nationalen Einheit und für die wirtschaftlichen Fortschritte seien die Volksbefreiungsarmee, das Produktions- und Aufbaukorps sowie die von der Zentral-

regierung in Xinjiang errichteten Staatsunternehmen entscheidend. (Xinjiang Ribao, nach SCMP, 7.10.95)

In Xinjiang leben nach offiziellen Angaben insgesamt 16,3 Mio. Menschen. Die Mehrheit stellen Angehörige verschiedener muslimischer Volksgruppen. Die han-chinesischen Einwanderer machen mit 6,1 Mio. knapp 38% der Bevölkerung aus. Unter den in Xinjiang eingesetzten Verwaltungs- und Parteikadern sollen sich heute 270.000 Angehörige nicht-chinesischer Volksgruppen finden, etwa 47% der Gesamtzahl. Auf den höheren Verwaltungsebenen (Provinz- und Kreisstufe) sollen nicht-chinesische Kader sogar mehr als zwei Drittel der Leitungsfunktionen einnehmen. (XNA, 26.10.95) -hei-

*(10)

Lobbyisten für Westchina: Neue Organisation vertritt die Interessen der Binnenregionen

Organisationen, die die Interessen einzelner chinesischer Großregionen gegenüber Beijing vertreten, haben in den letzten Jahren an Bedeutung für die Festlegung regionalpolitischer Schwerpunkte durch die Zentralregierung gewonnen. Bereits Mitte und Ende der achtziger Jahre wurden Kooperationszusammenschlüsse zwischen mehreren Provinzen und Autonomen Regionen begründet: die Südwestchinesische Vereinigung für regionale ökonomische Koordination, die Nordostchinesische Wirtschafts- und Technologievereinigung und der Nordwestchinesische Rat für Wirtschaftskooperation. Diese Zusammenschlüsse, die eine Zwischenebene zwischen Provinzfürhungen und Zentralregierung darstellen, gewinnen in wirtschafts- und finanzpolitischen Verhandlungen mit der Beijinger Zentrale allmählich an Gewicht.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, daß kürzlich eine weitere Organisation gegründet wurde, die sich der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Regionen annehmen will: Der Rat für Studium und Förderung der Entwicklung Westchinas. Die Organisation wurde von mehreren hochrangigen Veteranenfunktionären initiiert, die aus den Westregionen stammen oder dort lange Zeit arbeiteten. Präsident des Rates ist Wang Enmao (Jg. 1912), der sich als Teilnehmer am "Langen Marsch" (1934/35) und wegen seiner Erfahrungen in Militär und Partei auf ein breites